

Nachhaltigkeit

von Edda Müller

Vorsitzende von Transparency International Deutschland

Das 1987 von der Brundtland-Kommission entwickelte Konzept der Nachhaltigkeit formuliert Werte, an denen sich politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln ausrichten soll. Die Bedürfnisse aller heute lebender Menschen – ob arm oder reich, ob in Nord oder Süd lebend – sollen befriedigt und zugleich die Lebenschancen künftiger Generationen nicht geschmälert werden. Es geht um die Anerkennung gleicher Rechte für jeden Menschen. Es geht um Verantwortung der in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft handelnden Akteure für die Auswirkungen heutiger Entscheidungen auf Natur und Umwelt, die Menschenrechte und den sozialen Frieden heute und in Zukunft. Es geht auch um Vorsorge, d.h. das Unterlassen von Handlungen, deren Konsequenzen weder überschaubar noch korrigierbar sind.

Nachhaltigkeit als Ziel und Handlungskonzept nimmt uns alle in die Pflicht. Zugleich muss Politik dafür sorgen, dass sich niemand auf Kosten Dritter aus der Verantwortung stiehlt. Hierzu gehört auch, dass der in Deutschland zu beobachtende Prozess der Umverteilung von unten nach oben gestoppt wird. Bei der praktischen Umsetzung von Nachhaltigkeit geht es immer um das richtige Maß von Freiwilligkeit und Verbindlichkeit sowie um einen langfristigen Handlungshorizont vor kurzfristiger Krisenbewältigung.

Im globalen Handlungskontext dominieren heute freiwillige Instrumente wie z.B. der Global Compact. Darüber hinaus stehen Unternehmen für die Analyse der Konsequenzen

ihres Tuns eine Reihe weiterer Instrumente zur Verfügung, darunter die jüngst revidierten OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die ISO-Norm 26.000 und der Deutsche Nachhaltigkeitskodex. Alle diese Instrumente verlangen auch Maßnahmen zur Korruptionsprävention und -bekämpfung.

Korruptionsvermeidung und Nachhaltigkeit gehören zusammen, denn Korruption geht immer zu Lasten der Gemeinschaft und kann somit nie nachhaltig sein. Das gilt auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht, denn Korruption verdeckt oft nur Schwächen eines Produktes oder einer Sparte, die ohne Bestechungszahlungen nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Dies kann nicht im Sinne des langfristigen Unternehmenserfolgs sein und auch nicht im Sinne eines fairen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs.

Die Bekämpfung von Korruption ist in allen Ländern ein Gebot sozialer Gerechtigkeit. In den Entwicklungsländern ist sie oft die Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung und die Durchsetzung demokratischer Werte. Die Schaffung von Transparenz ist eines der Mittel, um korrupte Regierungen zu kontrollieren und auch um für Steuerehrlichkeit zu sorgen. Pläne zur verbindlichen Offenlegung von Unternehmenszahlungen an Regierungen bei Energie- und Rohstoffgeschäften sind konkrete Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in rohstoffreichen Entwicklungsländern.



Wer von Unternehmen nachhaltiges Wirtschaften verlangt und wer Konsumenten wünscht, die solche Unternehmen belohnen, muss auch hier für die richtige Rahmensetzung sorgen. Sozial- und Umweltdumping in der Produktion muss offengelegt werden. Produkte brauchen ein „zweites Preisschild“ (Horst Köhler), das über die soziale und ökologische Wertigkeit in der gesamten Lieferkette informiert und damit den Verbrauchern die Möglichkeit bietet, ihrerseits eine nachhaltige, verantwortungsvolle Kaufentscheidung zu treffen.

Die EU-Kommission will in diesem Sinne das derzeitige Corporate Social Responsibility (CSR)-Konzept ergänzen. Sie empfiehlt in ihrer Mitteilung „Eine neue EU-Strategie für die soziale Verantwortung der Unternehmen“

eine Ergänzung des auf Freiwilligkeit setzenden CSR-Konzepts durch einen verbindlichen Rahmen und einen Policy-Mix, der nachhaltiges Wirtschaften belohnt und vor allem dafür sorgt, dass verantwortungsbewusste Unternehmen vor schönfärberischer Firmenwerbung geschützt werden. Das Nachhaltigkeitskonzept darf nicht zur Beliebigkeit verkommen. Politik für eine soziale Demokratie ist gefordert, es mit Inhalt zu füllen.

Weitere Beiträge und mehr Informationen zum Kongress finden Sie auf der Website:

www.werteundpolitik.de